



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 02.03.2023

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
am Dienstag, 7. März 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. 21-S-00-0002
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. 21-S-00-0003
Wahl der/des Vorsitzenden
3. 21-S-00-0004
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
4. 21-S-00-0005
Wahl von Verwaltungsbediensteten zu Schriftführerinnen/Schriftführern

5. Genehmigung der Niederschrift

6. 23-F-69-0015

Betrugsversuche gegenüber Seniorinnen und Senioren
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 01.03.2023 -

In den letzten Wochen gab es wieder vermehrt Betrugsversuche und Schockanrufe gegenüber Seniorinnen und Senioren in Wiesbaden.¹ Die rhetorisch geschickt agierenden Kriminellen erzeugen bedrohliche Szenarien, um schnell an das Geld von älteren Menschen zu kommen. Gerade die Gutgläubigkeit, Hilfsbereitschaft und die Angst älterer Menschen wird mit dem "Schockanruf" ausgenutzt. Es ist wichtig, dass Seniorinnen und Senioren davor geschützt und vor allem für dieses Thema sensibilisiert und aufgeklärt werden.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. ob Aufklärungsarbeit für Seniorinnen und Senioren in diesem Bereich geleistet wird.
 - a. Falls ja, wie wird die Aufklärungsarbeit geleistet? Welche Aufklärungsangebote gibt es? (Seminare, Unterlagen, Anlaufstellen, etc.)
 - b. Falls nein, wie gemeinsam mit den örtlichen Polizeibehörden ein Konzept erarbeitet werden kann.
2. es wird gewünscht, dass der Seniorenbeirat seine Veranstaltungen zu dem genannten Thema im Ausschuss vorstellt und das Wissen des Seniorenbeirats mit in die Konzepterstellung einbezogen wird.

7. 23-F-63-0031

Beratungs- und Unterstützungsangebot für Prostituierte in Wiesbaden ausweiten
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 01.03.2023 -

Auch wenn es im täglichen Stadtbild meist fernab der öffentlichen Wahrnehmung stattfindet: In Wiesbaden ist Prostitution nach wie vor ein alltäglicher Bestandteil des Stadtlebens. Prostitution findet vor allem als Innenprostitution statt. Einige Prostituierte gehen der Prostitution im Stadtgebiet in (Privat)wohnungen nach, die genehmigten Prostitutionsstätten befinden sich in denen als fünf Toleranzzonen deklarierten Gebieten. Laut offiziellen Angaben haben seit März 2018 nahezu 900 Personen in Wiesbaden eine Anmeldebescheinigung beantragt und erhalten.[1]

Die tatsächliche Anzahl der Prostituierten dürfte höher sein, auch Zwangsprostitution ist tägliche Realität. Es sind dabei vor allem Frauen aus Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Polen und der Dominikanischen Republik, die sexuelle Dienste anbieten. Ökonomische Gründe und berufliche Perspektivlosigkeit bilden dabei zentrale Gründe. Die Sicherheit und Unterstützung der Prostituierten, insbesondere im Falle des Ausstiegs Wunsches, ist daher unabdingbar. Bundesweit gibt es in vielen Großstädten daher Beratungsstellen für Prostituierte. Ein Bedarf besteht auch in Wiesbaden.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

¹ <https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/stadt-wiesbaden/erneute-schockanrufe-bei-wiesbadener-senioren-2266784>; <http://www.wiesbadenaktuell.de/startseite/news-detail-view/article/via-whatsapp-bargeld-von-wiesbadenerin-ergaunert.html>

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) ein Konzept für eine niedrighschwellige Beratungsstelle zu erstellen, in welcher Prostituierte kostenlosen Zugang zu medizinischer und psychosozialer Beratung erhalten. Bei einem Ausstiegswunsch unterstützt die Beratungsstelle durch Vernetzung mit anderen Einrichtungen in Wiesbaden bei der Klärung ihrer finanziellen und Aufenthaltsrechtlichen Situation, der Suche nach Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten sowie der Vermittlung in Substitutions- oder Therapieangebote. Das erstellte Konzept sollte als Pilotprojekt starten, aus dem dann passgenau Kriterien für den Aufbau der Beratungsstelle abgeleitet werden.
- 2) Dabei sollte unter anderem auf erfolgreiche Konzepte anderer Städte wie z.B. das Café la Strada oder die Beratungsstelle Amalia in Mannheim zurückgegriffen werden.
- 3) Bestandteil des Konzepts ist dabei die Aufstellung der benötigten finanziellen Mittel, welche die benötigte Sachausstattung sowie die personellen Ressourcen enthalten, sodass diese in die Haushaltsberatungen 24/25 einfließen können.

8. 23-F-63-0030

Auswirkungen auf die Geschlechter in Sitzungsvorlagen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 01.03.2023 -

Die unterschiedlichen Belange der Geschlechter werden in vielen Bereichen nicht ausreichend gewürdigt. Deshalb sind geschlechtsspezifische Auswirkungen von Handlungen auch in der Verwaltung zu überprüfen.

Viele städtische Entscheidungen haben eine unmittelbare bzw. mittelbare Auswirkung auf die Chancengleichheit aller Geschlechter, deshalb soll dies zukünftig grundsätzlich als Prüfpunkt in die Sitzungsvorlagen der städtischen Gremien aufgenommen werden.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu prüfen, ob - wie bereits in vielen Kommunen und Bundesländern - zukünftig bei allen Sitzungsvorlagen von der erstellenden Organisationseinheit geprüft werden kann:
 - a) welche Auswirkungen die Vorlage auf die unterschiedlichen Geschlechter hat.
 - b) ob die Maßnahme anhand festzulegender Kriterien zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beiträgt.
 - c) Kriterien vorzuschlagen, die im Kontext Geschlechtergerechtigkeit maßgebend sind.
2. Nach positivem Prüfergebnis ist dies in Zukunft auf der Sitzungsvorlage unter „Auswirkungen auf die Geschlechter“ zu skizzieren.

9. 23-F-22-0010

Konzept eines FrauenNachtTaxis für Wiesbaden vorlegen
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 01.03.2023 -

Der derzeitige Ausfall von zuverlässigen und regelmäßigen Busverbindungen in den Abendstunden und nachts verstärkt eine latent vorhandene Benachteiligung von Frauen und Mädchen auf deren Wegen im öffentlichen Raum.

Sexuelle und sexualisierte Gewalt findet nicht nur im privaten und Arbeits-Umfeld statt, sondern auch im öffentlichen Raum. Erlebte und befürchtete sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt können Gefühle der ständigen Unsicherheit auslösen, Mädchen und Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit und damit in ihrer Teilhabe einschränken.

Um Mädchen und Frauen vor Gewalt zu schützen und sie bei der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu unterstützen, soll das Angebot eines FrauenNachtTaxis geprüft werden, wie es derzeit u.a. in Mannheim umgesetzt wird. Dieses Modell ermöglicht Mädchen und Frauen Taxifahrten zu einem reduzierten Preis nach Hause oder zu ihrem Übernachtungsort.

Der Ausschuss möge daher beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen,
 - a) wie ein an das Mannheimer Modell angelehntes FrauenNachtTaxi umgesetzt werden könnte.
 - b) welche Kosten voraussichtlich anfallen würden.
2. dem Ausschuss bis September 2023 über die Ergebnisse zu berichten.

10. 23-F-22-0011

Wiesbadener Ergebnisse der Umfrage zum bundesweiten Warntag
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 01.03.2023 -

Am 8. Dezember 2022 fand der bundesweite Warntag statt. Mit dem Warntag soll neben der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für staatliche Katastrophenwarnungen auch eine regelmäßige Überprüfung der Warninfrastruktur erreicht werden. Gewarnt wurde u.a. über den sogenannten Cell Broadcast und verschiedene Apps, z.B. Katwarn und NINA. In der Verantwortung der LHW liegen u.a. die zahlreichen über das Stadtgebiet verteilten Sirenen.

Um ein umfassenderes Bild über die Situation zu erhalten, hatte sich das BBK entschieden, den Warntag durch eine Online-Umfrage begleiten zu lassen. Vom 8.-15. Dezember hatten alle Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, ihr Feedback zum Warntag abzugeben und mitzuteilen, über welche Kanäle sie gewarnt wurden. Die Ergebnisse sollten laut BBK auch auf einzelne Kommunen heruntergebrochen werden können. Zeitgleich wurde vom BBK auch eine repräsentative Feldstudie zum Warntag in Auftrag gegeben.
Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Wiesbadener Ergebnisse der Umfrage des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz zum bundesweiten Warntag dem Ausschuss vorzustellen.

11. 23-F-22-0012

Sachstand Protokoll des ECPAT-Workshops
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 01.03.2023 -

Am 5. und 6. Oktober 2022 hat die AG Prostitution des Ordnungsamts zusammen mit ECPAT Deutschland einen multiprofessionellen Workshop zum Thema „Schutz von Minderjährigen vor Menschenhandel“ durchgeführt. Im November 2022 baten die Fraktionen von FDP und CDU um eine Präsentation der Ergebnisse.

Der Ausschuss möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Liegt das Protokoll des ECPAT Workshops vom 5. und 6. Oktober 2022 mittlerweile vor?
2. Wenn ja, wann wird darüber im Ausschuss berichtet?
3. Wenn nein, wann ist mit einer Vorlage des Protokolls zu rechnen und weshalb werden für die Ausfertigung eines Protokolls mehr als fünf Monate benötigt?

12. 22-F-05-0012

Sachstandsbericht Schwangerschaftskonfliktberatung/Schwangerschaftsabbruch
- Antrag der Fraktion FDP vom 23.11.2022 -

ANLAGE:
Beschluss Nr. 0013 des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 24.01.2023

13. 21-A-78-0001

Aktueller Bericht aus dem kommunalen Frauenreferat

14. 22-A-78-0002

Aktueller Bericht zu Stromengpässen und Gasmangellage

15. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit am 7. März 2023

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher